

Protest gegen Mercedes-Pläne

Stuttgarter Autokonzern will unternehmenseigene Autohäuser verkaufen – 2200 Beschäftigte in NRW betroffen

VON CORINNA SCHULZ

Düsseldorf. Knapp 2000 Mitarbeitende von Mercedes-Benz haben sich am Dienstagvormittag in der Niederlassung im Düsseldorfer Norden versammelt, um lautstark gegen die Pläne des Stuttgarter Autokonzerns zu demonstrieren. Das Unternehmen hatte Anfang des Jahres angekündigt, seine unternehmenseigenen Autohäuser verkaufen. Dort arbeiten bundesweit rund 8000 Menschen in 80 Betrieben. Zu einem Betrieb können dabei auch mehrere Autohäuser gehören.

In NRW sind rund 2200 Beschäftigte in den Niederlassungen Düsseldorf, Neuss, Duisburg, Köln, Aachen, Remscheid, Dortmund und Wuppertal von den Plänen betroffen. Zur Niederlassung Köln-Leverkusen gehören vier Kölner Standorte, sowie weitere in Leverkusen, Engelskirchen und Bergheim. Einem Sprecher zufolge sind bislang aber noch keine Autohäuser verkauft worden.

Mit Trommeln, Trillerpfeifen und Bannern machte die Belegschaften ihrem Ärger bei der bundesweiten Aktion Luft. „Es war ein voller Erfolg, der Verkauf der Autohäuser ist komplett falsch“, sagt Jessica Worings, Geschäftsführerin der Gewerkschaft IG Metall Düsseldorf und Neuss dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Rund 1200 Beschäftigte seien aus den landesweiten Niederlassungen angereist, hinzu kamen noch mehr als 600 Mitarbeiter des Mercedes Sprinterwerks.

Allein vor dem Werk im baden-württembergischen Sindelfingen beteiligten sich nach Angaben des Gesamtbetriebsrats und der IG Metall schätzungsweise 10 000 Men-



Flaggen der IG-Metall bei einer Kundgebung im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages für die Zukunft der Beschäftigten der Mercedes-Benz-Niederlassungen
Foto: dpa

„ Wer einen von uns angreift, der greift uns alle an

Gesamtbetriebsratschef Ergun Lümali

schen. Weitere Kundgebungen gab es zudem am Stammsitz in Stuttgart-Untertürkheim sowie eben in Düsseldorf, Rastatt, Bremen und Berlin. Die Aktion stand unter dem Motto „Wir halten zusammen – am 2. Juli und jeden Tag“. An den Protes-

ten beteiligten sich nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Autohäuser, sondern auch der Mercedes-Werke. „Die Beschäftigten sind stinksauer“, sagte Gesamtbetriebsratschef Ergun Lümali. „Wer einen von uns angreift, der greift uns alle an“. Alle Bänder stünden still. Auch zahlreiche Niederlassungen seien geschlossen.

Mercedes vertreibt seine Autos über werkseigene Niederlassungen und über freie Händler. Die Prüfung der eigenen Verkaufsstrukturen erfolgt nach Angaben des Autobauers ergebnisoffen, schrittweise und für jede Niederlassung einzeln. Als In-

vestor komme nur in Frage, wer alle Voraussetzungen für den bestmöglichen Betrieb eines Autohauses nachweisen könne. Wichtig seien neben einer ausgewiesenen Expertise in dem Bereich unter anderem ein langfristiges unternehmerisches Konzept sowie nachhaltige Investitionsbereitschaft und die Aufgeschlossenheit gegenüber Arbeitnehmervertretungen. Die Standorte sollen darüber hinaus „nicht gesamtthaft an einen Erwerber übergeben“ werden.

„Wir planen nicht, an reine Finanzinvestoren zu verkaufen, und eine Schließung von Standorten ist

nicht Gegenstand der Überprüfung“, hieß es von dem Stuttgarter Konzern weiter. Man stehe zu der zugesagten Beschäftigungssicherung für alle Tarifmitarbeitenden bis Ende 2029. Bei einer möglichen Neuaufstellung werde es keine Kündigungen geben. Vielmehr wolle man langfristig die Zukunftsfähigkeit der regionalen Arbeitsplätze sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Niederlassungen sichern. Die Arbeitnehmervertretung solle eng in die Prüfung eingebunden werden, hieß es.

Verschlechterungen befürchtet

Gesamtbetriebsrat und Gewerkschaft befürchten, dass sich die Arbeitsbedingungen durch den Verkauf deutlich verschlechtern könnten. „Wir haben kein Mitbestimmungsrecht bei der Bewerberauswahl. Deshalb wollen wir vorher Bedingungen klären“, sagte die Bezirksleiterin der IG Metall im Südwesten, Barbara Resch. Über die Kriterien für mögliche Käufer werde seit Monaten verhandelt. Die nächste Runde steht für kommenden Montag und Dienstag an. Dabei geht es zum Beispiel um tarifvertragliche Standards wie Gehalt und Altersvorsorge. In den kommenden Wochen soll es ein Ergebnis geben.

Betriebsratschef Lümali sagte: „Über Jahre erreichte Rechte und Absicherungen werden wir entschlossen verteidigen“. Darüber hinaus wolle man einen finanziellen Ausgleich. Konkrete Summen ließ er offen. In Richtung Vorstand sagte Lümali: „Wer auf uns nicht hört, wer am Verhandlungstisch glaubt, uns über den Tisch ziehen zu wollen, der hat heute gesehen, was passiert.“ Das sei erst der Beginn: „Wir können noch viel mehr.“